

SPERRFRIST: 1. Mai 2023, Redebeginn

REDE zum Tag der Arbeit am 1. Mai 2023 in Stuttgart

Es gilt das gesprochene Wort!

Stefan Körzell

Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

herzlichen Dank für die Einladung zum 1. Mai hier in Stuttgart. Unser Motto lautet: „Ungebrochen solidarisch“. Da wird sich vielleicht manch einer gefragt haben, was soll das heißen, was meinen die? Darauf möchte ich gerne antworten.

Seit einiger Zeit könnte man meinen, das mit den Krisen hört nicht mehr auf: Bankenkrise, Weltwirtschaftskrise, Corona, Kriege, die Millionen Menschen in die Flucht treiben – Syrien, Irak, Afghanistan, Sudan.

Und jetzt ein Krieg vor unserer Haustür. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine. Wir fordern die russische Regierung auf, die Kämpfe in der Ukraine endlich zu beenden, ihre territoriale Integrität durch den Rückzug ihrer Truppen wiederherzustellen! Wir akzeptieren das in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegte Recht der Ukraine auf Selbstverteidigung.

Der Krieg gegen die Ukraine führt uns hier vor Augen, wie abhängig wir sind von Rohstoffen, Energie und Arzneimitteln.

Krisen bewältigen geht nur ungebrochen solidarisch: Für Gute Löhne und Gute Arbeit per Tarifvertrag entstehen hat mehr Erfolg als allein. Solidarisch mit den Menschen, denen vorzeitig im Monat das Geld ausgeht, weil die Preise durch die Decke gehen. Denn jede und jeder hat ein Recht auf Unterstützung für ein auskömmliches Leben. Solidarisch mit den Menschen, die ihr Leben retten müssen und vor Krieg flüchten. Das gehört sich so. Solidarität ist die DNA der Gewerkschaften.

In diesen schwierigen Zeiten braucht es einen handlungsfähigen Staat. Viele Hilfen, die die Politik angekündigt oder umgesetzt hat, hätte es ohne den Druck der Gewerkschaften nicht gegeben!

- Energiepreispauschale für Beschäftigte, Azubis und Rentner*innen
- Gaspreisbremse
- Strompreisbremse
- Das Wohngeld wurde aufgestockt und erreicht zwei Millionen Haushalte (statt wie bisher 600.000)
- das Kindergeld wurde erhöht

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn alles teurer wird, sind das beste Mittel immer noch steigende Tariflöhne. Deshalb sind die Forderungen und Abschlüsse in den jüngsten Tarifauseinandersetzungen völlig richtig.

Ohne stabile Kaufkraft gibt es keinen wirtschaftlichen Aufschwung. Das Märchen von der Lohn-Preis-Spirale wird nicht wahr, wenn man es dauernd wiederholt.

Im Juni ist die nächste Anpassung des gesetzlichen Mindestlohns. Für die 12 Euro haben wir hart gestritten und die Politik ist uns gefolgt. Jetzt ist die Mindestlohnkommission wieder dran und da ist es ganz klar, auch hier muss es einen Ausgleich geben für die hohen Preise, die bei den Lebensmitteln und jüngst noch fürs Heizen aufgerufen werden. Beschäftigte mit Mindestlohn sind besonders betroffen.

60 Prozent des mittleren Einkommens schreibt die neue Europäische Richtlinie vor. An die Arbeitgeber: Je weiter wir davon entfernt sind, desto lauter wird der Ruf nach einem erneuten staatlichen Eingriff. Die Mindestlohnkommission hat es in der Hand. Sie entscheidet, ob das wieder passiert. Staatslohn gibt es nur einen einzigen. Den aufgestockten Lohn.



Wir sagen auch: Ohne Tarifverträge und ohne Mitbestimmung keine staatliche Hilfe! „Ohne Standorttreue keine Standvorteile“. Wir haben Druck gemacht. Im Koalitionsvertrag steht: Die Tarifbindung in Deutschland muss steigen. Beim Einsatz von öffentlichen Mitteln für Investitionsförderung, Gute Arbeit, erstmals bevorzugte Rolle. Tarifbindung erstmals Fördervoraussetzung: Damit werden die Sicherung und Schaffung von guten Arbeitsplätzen erstmalig in allen Bundesländern vorgegeben.

Der Staat selbst muss mit gutem Beispiel vorangehen. Deshalb brauchen wir ein Bundestariftreuegesetz! Steuergelder darf es nur für Unternehmen geben, die tarifgebunden sind. Das gilt auch für die Wirtschaftsförderung und für Forschungsmittel. Kein staatliches Geld für Dumpinglöhne. Und – für alle, die den Spatzen nicht zuhören, wenn die von den Dächern pfeifen: Fachkräfte können sich aussuchen, bei welchem Arbeitgeber sie arbeiten wollen.

Wer sich also am Markt halten will, sollte schnell für tarifvertragliche Bedingungen sorgen. Sie regeln ordentliche Wettbewerbsbedingungen und Gehälter. Und sie regeln auch die Work-Life-Balance! Der Staat profitiert ebenfalls durch höhere Sozialversicherungsbeiträge und bei den Steuereinnahmen.

Und allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sage ich: Nutzt Eure Marktmacht und verlangt, was Euch zusteht! Eure Gewerkschaft unterstützt Euch dabei! Werdet Mitglied, wenn Ihr es noch nicht seid! Ungebrochen solidarisch geht mehr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Tarifsteigerungen sind nicht dazu da, von Mieten aufgeessen zu werden. Stuttgart ist ein attraktiver Wirtschaftsstandort. Vergangenes Jahr gab es über 250.000 Einpendler – Tendenz steigend. Das Problem ist: Sie müssen pendeln, finden keine bezahlbare Wohnung in der Nähe ihrer Arbeit, das bedeutet viel Zeit in der Bahn – im Stau, anstatt im Feierabend und bei der Familie oder Freunden zu sein. Wer eine Wohnung sucht, braucht viel Geld oder viel Glück. In den letzten sieben Jahren sind die Angebotsmieten um 30 % gestiegen. Der Markt jedenfalls regelt es nicht, wie FDP behauptet.

Deshalb: Wie brauchen einen sechsjährigen Mietestopp. Und eine Mietpreisbremse ohne Ausnahmen sowie die Möglichkeit einer Absenkung von überhöhten Mieten. Die Kommunen sind hier ebenfalls am Zug. Die Kommunen müssen selbst mehr bauen.

Dafür brauchen sie ein Vorkaufsrecht für Grundstücke, das sie auch nutzen müssen – und nicht mehr privatisieren. Bund und Länder müssen den rechtlichen und finanziellen Rahmen schaffen – und für die 100.000 bezahlbaren Wohnungen sorgen, die es jährlich braucht. Wohnen ist Menschenrecht und darf nicht dem Markt überlassen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

gerade in Branchen, die für die Energiewende wichtig sind, erleben wir einen steigenden Fachkräftebedarf. Vor allem das Handwerk muss die Transformation praktisch umsetzen. Wir brauchen das Handwerk, um Wärmepumpen zu installieren, oder die Photovoltaik, aber auch wenn es um altersgerechtes Wohnen geht.

Wir brauchen optimale Bedingungen, Gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Mitbestimmung, Möglichkeiten der Weiterbildung und Qualifizierung gehören auch dazu.



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wer will, dass der Staat seine Handlungsfähigkeit behält. Wer will, dass der Staat zu jeder Zeit in der Lage ist, seine Verantwortung wahrzunehmen und zu gestalten, der muss für stabile Einnahmen sorgen. Selbst die Prediger des Marktes waren froh, dass der Staat Hilfe organisiert hat, um die schlimmsten Auswirkungen der Krisen abzufedern.

Was braucht es denn noch, bis alle verstanden haben, dass der Staatshaushalt nicht dazu da ist Geld zu horten, sondern es zu investieren: Für gute Straßen und erneuerbare Energien; für ein soziales Sicherungssystem, das Krisen und Wandel standhält, für gute Personalausstattung und motivierte Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst und in der Verwaltung, Polizei, Feuerwehr und Rettung, die Kinder gut betreuen, wenn die Eltern es mal nicht können.

Regierungskoalition hat dieses Jahrzehnt zum „Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen“ ausgerufen. Der Bundesfinanzminister steht auf der Bremse. Nämlich der Schuldenbremse. Auf sowas kommt nicht mal die schwäbische Hausfrau! Die sagt auch nicht, oh das Dach ist undicht. Ich investiere jetzt aber mal nicht in die Reparatur und erfreue mich lieber über die schwarze Null auf meinem Konto.

Um die finanzielle Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand zu erhalten und zu erweitern, müssen wir aber etwas grundsätzlicher werden. Mehr Geld ins Säckle! Und zwar durch eine gerechtere Steuerfinanzierung; Steuern rauf für Unternehmen, Superreiche und Topverdiener*innen.

Der DGB hat Vorschläge gemacht. Die würden dem Staat Mehreinnahmen im höheren zweistelligen Milliardenbereich bringen. Wir sprechen hier von 55-60 Milliarden. Länder und Kommunen würden von diesen Vorschlägen ganz besonders profitieren und in die Lage versetzt, die wichtigen Zukunftsaufgaben anzugehen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wir brauchen keine Kürzungsdebatte bei Sozialleistungen. Im Gegenteil, hier ist deutlich Luft nach oben! Wir brauchen eine Debatte über mehr Verteilungsgerechtigkeit in diesem Land. Darüber, wie starke Schultern mehr zur Finanzierung der Krisenlasten und des Gemeinwesens beitragen können, von dem sie ebenfalls profitieren. Dazu gehört für uns auch die Erhebung einer einmaligen Sonderabgabe auf die größten Vermögen dazu hierzulande.

Was mich wirklich ärgert bei diesen Debatten ist das Sonntagsgerede. An Sonntagen sind insbesondere Kinder immer sehr wichtig. Am Montag aber ist Kinderarmut Pech. Kinderarmut ist vor allem ein Skandal! Und für die Kinder? Für die Kinder ist es eine bittere Erfahrung mit Folgen. Nicht mitspielen zu können, außen vor zu bleiben, für die Schulaufgaben kein Tablet zu haben. Kinderarmut bedeutet Mangel und Ausgrenzung im Heute – Armut raubt den Kindern auch Zukunfts- und Entwicklungschancen!

Deshalb muss die Ampel-Koalition Wort halten, deshalb muss die Kindergrundsicherung kommen. Einfach, unbürokratisch und auskömmlich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Krise ist noch nicht vorbei – auch wenn manche Energieversorger die Preise gerade etwas senken. Daher sagen wir: Die Entlastungen müssen unbedingt weitergehen. Strom, Gas und Sprit müssen bezahlbar bleiben. Es kann nicht sein, dass für uns alle die Preise steigen, aber die großen Konzerne



Milliardengewinne einfahren. Die Energiemärkte müssen so reguliert werden, dass stabile Industriestrompreise unsere Standorte sichern und sich die großen Energiekonzerne nicht auf Kosten der Allgemeinheit bereichern können. Übergewinne sind unanständig und gehören abgeschöpft!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

bislang ist der Umbau der Verkehrsinfrastruktur auf der Strecke geblieben. Wenn das bis 2045 noch etwas werden soll, muss die Politik jetzt auf die Tube drücken. In Stuttgart wird viel gebaut. Seit einigen Jahren auch an einem neuen Bahnhof. Aktuell auch „Fernwanderweg“ genannt. Sind die Verkehrsangebote besser geworden? Ich denke Nein, wenn die Deutsche Bahn Streckenvollsperrungen auf allen Bahnstrecken Richtung Stuttgart plant, ohne ernst zu nehmende Ersatzangebote: Für Pendlerinnen und Pendler, für Schüler- und Studentinnen, für Rad- oder Rollstuhlfahrende oder Eltern mit Kinderwagen.

Wenn Baden-Württemberg auch Verkehrswendeland werden soll, dann braucht es bessere Beispiele als das. Wir brauchen eine belastbare öffentliche Verkehrsinfrastruktur in den Städten und in ländlichen Räumen. Der Bund und die Landesregierungen stehen in der Verantwortung, Städten wie Stuttgart, aber vor allem auch den ländlichen Gemeinden konkrete Finanzierungszusagen zu geben.

Nahverkehrsabgaben lösen das Problem nicht. Und auch keine schwarze Null in der Staatskasse. Da hilft nur eine auskömmliche Finanzierung der öffentlichen Haushalte. Wir brauchen mehr Personal bei den Verkehrsbetrieben und ordentliche Beschäftigungsbedingungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ja, Baden-Württemberg ist Autoland. Die große Herausforderung: Transformation in der Automobilindustrie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir müssen die guten Arbeitsplätze in der Autoindustrie in eine neue Mobilitätswirtschaft überleiten. Und wir brauchen Strom für den Umstieg auf die Elektromobilität und die Produktion.

Es wird Zeit, dass Baden-Württemberg, Hessen und Bayern aus ihrem Winterschlaf aufwachen! Wenn industrielle Wertschöpfung hier gehalten werden soll, muss die Erzeugung aus erneuerbaren Energien massiv gesteigert werden und die Netzinfrastuktur ausgebaut werden. Unterstützend brauchen wir eine vorausschauende Regional- und Strukturpolitik jetzt und nicht erst, wenn die Autoregionen tief in der Beschäftigungskrise stecken. Deshalb brauchen wir Transformationsnetzwerke mit regionalen Allianzen mit den Machern vor Ort: mit Gewerkschaften, mit Politik und regionalen Wirtschaftsverbänden.

Wir brauchen regionale Transformationspläne, die Gute Arbeit in der Transformation sichern – tarifgebunden und mitbestimmt. Und wir brauchen ein Transformations-Kurzarbeitergeld, um die Transformation auch sozial zu begleiten!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

morgen jährt sich der 2. Mai zum 90. Mal. Das ist Anlass zur Erinnerung und Mahnung: Erinnerung an die vielen tapferen Männer und Frauen, die für Freiheit; Demokratie und soziale Gerechtigkeit, Repressalien, Folter und Tod auf sich genommen haben.



Lasst uns wachsam und widerständig sein, gegen allzu einfache Antworten auf komplizierte Fragen. Solidarität verpflichtet uns immer wieder neu zu entschlossenem Handeln gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Intoleranz. Lasst uns „ungebrochen solidarisch“ sein, das ist unsere Stärke.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

Glück auf.